

XX.07.2011

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

zum Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - Erstes KiBiz-Änderungsgesetz -
Gesetzentwurf LRg - Drucksache 15/1929 -**

Der Gesetzentwurf – Drucksache 15/1929 – wird in **§ 23 Elternbeiträge** wie folgt geändert:

Wiedereinführung landesweit einheitlich, sozial gestaffelter Elternbeiträge

§ 23 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Die Elternbeiträge werden durch die Landesregierung landesweit einheitlich festgelegt. Für die erhobenen Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege, legt die Landesregierung eine soziale Staffelung fest, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern sowie die Betreuungszeit berücksichtigt. Sie sieht dabei ermäßigte Beiträge oder eine Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder, auch wenn sie eine Ganztagschule im Primarbereich besuchen, vor. Bestehende kommunale Beitragsbefreiungen oder günstigere Staffelungsregelungen bleiben unberührt.“

Stufenplan zur vollständigen Beitragsfreiheit

§ 23 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

„(3) Im Kindergartenjahr 2011/2012 ist die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder, die ab dem 01.03. eines Jahres ihr drittes Lebensjahr vollenden, beitragsfrei.

- a) Im Kindergartenjahr 2012/2013 ist die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder, die ab dem 01.03. eines Jahres ihr drittes Lebensjahr oder viertes Lebensjahr vollenden, beitragsfrei.

- b) Im Kindergartenjahr 2013/2014 ist die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder, die ab dem 01.03. eines Jahres ihr drittes Lebensjahr oder viertes Lebensjahr oder fünftes Lebensjahr vollenden, beitragsfrei.
- c) Im Kindergartenjahr 2014/2015 ist die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder beitragsfrei.“

§ 21 Abs. 10 wird wie folgt geändert:

„(10) Das Land gewährt dem Jugendamt einen Ausgleich für den durch die landesweit einheitlich festgelegten Elternbeiträge nach § 23 Abs.1 und die Elternbeitragsbefreiung nach § 23 Abs.3 entstehenden Einnahmeausfall. Näheres wird durch Verordnung geregelt.“

Begründung:

Aus pädagogischer und sozialpolitischer Sicht müssen Kindertageseinrichtungen beitragsfrei sein.

Beitragsfreiheit senkt die Hemmschwellen von Eltern ihren Kinder die Erlebniswelt der Kindertageseinrichtungen zu öffnen. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass alle Kinder vom Besuch einer Kindertageseinrichtungen profitieren, unabhängig von ihrer Herkunft. Durch den Besuch von Kindertageseinrichtungen werden ihre emotionalen, kognitiven und sozialen Fähigkeiten gestärkt und gefördert.

Die Beitragsfreiheit für den Besuch von Kindertageseinrichtungen ist daher ein unumgänglicher Beitrag zur mehr Chancengleichheit von Kindern. Daher muss ein entsprechender Stufenplan zur Beitragsfreiheit festgeschrieben werden.

Um bis zur Einführung der vollständigen Elternbeitragsfreiheit eine Benachteiligung aufgrund des Wohnortes bzw. des Ortes der Kindertageseinrichtung zu vermeiden, sind landeseinheitliche, nach Einkommen gestaffelte Elternbeiträge als vorübergehende Maßnahme notwendig. Dies leistet auch einen wichtigen Beitrag dazu, die immer mehr auseinanderdriftenden Lebensverhältnisse in NRW wieder stärker anzugleichen. Soweit bereits in einzelnen Kommunen Elternbeitragsbefreiungen realisiert sind oder niedrigere Elternbeiträge festgelegt sind, bleiben diese Regelungen bis zur vollständigen Elternbeitragsbefreiung in NRW unberührt.

Bärbel Beuermann
Wolfgang Zimmermann
Özlem Alev Demirel
Dr. Carolin Butterwegge

und Fraktion